

Ordentliche Hauptversammlung 2011

der

Autobank Aktiengesellschaft

am 27. Mai 2011

Beschlussvorschläge

von Vorstand und Aufsichtsrat

zur am 29. April 2011 veröffentlichten Tagesordnung

Zu Punkt 1. der Tagesordnung (Vorlage des Jahres- sowie Konzernabschlusses zum 31.12.2010 und Bericht des Aufsichtsrats):

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Beschlussfassung vorgesehen.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung (Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010):

Der Aufsichtsrat schlägt zur Beschlussfassung vor, den Mitgliedern des Vorstandes die Entlastung für das Geschäftsjahr 2010 zu erteilen.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung (Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010):

Der Vorstand schlägt zur Beschlussfassung vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrates die Entlastung für das Geschäftsjahr 2010 zu erteilen.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung (Wahl des Abschlussprüfers (Bankprüfers) für den Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012):

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die BDO Austria GmbH, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft zum Abschlussprüfer, Konzernabschlussprüfer und Bankprüfer für das Geschäftsjahr 2012 zu wählen.

zu Punkt 5. der Tagesordnung (Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage von Forderungen gegen Ausgabe von Vorzugsaktien samt Umwandlung von Stammaktien in Vorzugsaktien):

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen die folgenden Beschlussfassungen vor:

1. Das Grundkapital der Gesellschaft wird von EUR 7.543.152,00 um EUR 1.600.000,00 auf EUR 9.143.152,00 durch Ausgabe von 1.600.000 neuen, auf den Inhaber

- lautenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zum Ausgabebetrag von EUR 1,00, der dem anteiligen Betrag am Grundkapital der Gesellschaft entspricht, gegen Einbringung von Forderungen der DSK Leasing GmbH & Co. KG gegen die Gesellschaft im Nominale von EUR 2.500.000,00 aus Nachrangkapital (§ 23 Abs 8 BWG) und im Nominale von EUR 1.500.000,00 aus Ergänzungskapital (§ 23 Abs 7 BWG), somit im Gesamtnominale von EUR 4.000.000,00, als Sacheinlagen erhöht;
2. das Bezugsrecht der bestehenden Aktionäre wird gemäß § 153 Abs 3 AktG ausgeschlossen;
 3. zur Übernahme der Vorzugsaktien wird DSK Leasing GmbH & Co. KG, eingetragen unter HRA 861166 im Handelsregister des Amtsgerichts München, zugelassen;
 4. gleichzeitig werden 1.400.000 Stück von DSK Leasing GmbH & Co. KG gehaltene auf Inhaber lautende Stückaktien in 1.400.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht umgewandelt;
 5. wenn die bei der Kapitalerhöhung auszugebenden 1.600.000 Stück neuen stimmrechtslosen Vorzugsaktien (i) vor der Hauptversammlung, die über die Gewinnverwendung der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr beschließt, ausgegeben werden, so sind die neuen stimmrechtslosen Vorzugsaktien erstmals für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr gewinnberechtigt, (ii) anderenfalls sind sie ab Beginn des im Zeitpunkt ihrer Ausgabe laufenden Geschäftsjahres der Gesellschaft gewinnberechtigt und zwar jeweils ((i) und (ii)) gemäß der in Punkt 9. des Beschlusses festgelegten Gewinnberechtigung für Vorzugsaktien ohne Stimmrecht;
 6. wenn die Umwandlung der 1.400.000 Stück Stammaktien in stimmrechtslose Vorzugsaktien (i) vor der Hauptversammlung, die über die Gewinnverwendung der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr beschließt, wirksam wird, so gilt die Gewinnberechtigung für Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gemäß Punkt 9. des Beschlusses für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr (ii) anderenfalls gilt die Gewinnberechtigung gemäß Punkt 9. des Beschlusses ab Beginn des im Zeitpunkt der Wirksamkeit der Umwandlung der Stammaktien in stimmrechtslose Vorzugsaktien laufenden Geschäftsjahres der Gesellschaft;
 7. die Ausgabe von Vorzugsaktien mit gleichstehenden Rechten bei Verteilung des Gewinnes oder des Gesellschaftsvermögens (§ 129 Abs 2 Satz 2 AktG) wird ausdrücklich vorbehalten;
 8. der Vorstand wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat (i) alle näheren Bedingungen der ordentlichen Kapitalerhöhung, der Ausgabe der neuen

stimmrechtslosen Vorzugsaktien und der Durchführung der Kapitalerhöhung sowie (ii) alle weiteren Bedingungen für die Umwandlung der Stammaktien in Vorzugsaktien und der Durchführung dieser Umwandlung festzusetzen;

9. die Satzung wird in § 5 (Grundkapital, Aktien) in der Weise geändert, dass die Absätze (1) und (2) in Anpassung an die ordentliche Kapitalerhöhung mit Sacheinlage und Umwandlung von Stammaktien in Vorzugsaktien folgenden Wortlaut erhalten:

„(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 9.143.152,00 (Euro neun Millionen einhundertdreißigtausendeinhundertzweiundfünfzig) und ist eingeteilt in 6.143.152 Stück Stammaktien und 3.000.000 Stück stimmrechtslose Vorzugsaktien. Stammaktien und stimmrechtslose Vorzugsaktien sind Stückaktien ohne Nennbetrag und lauten auf Inhaber. Den stimmrechtslosen Vorzugsaktien stehen bei der Verteilung des Gewinns die in § 12 der Satzung bestimmten Vorrechte zu. Zur Ausgabe weiterer Vorzugsaktien, die bei der Verteilung des Gewinns oder des Gesellschaftsvermögens den vorhandenen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gleichstehen, bedarf es keiner Zustimmung der Vorzugsaktionäre; gleiches gilt für die Umwandlung von Stammaktien in Vorzugsaktien (§ 129 Abs 2 Satz 2 AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile ist ausgeschlossen, soweit nicht eine Verbriefung nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktien zugelassen sind.

(2) Jede Stammaktie gewährt eine Stimme. Den Vorzugsaktien steht kein Stimmrecht zu. Soweit jedoch den Vorzugsaktien nach dem Gesetz ein Stimmrecht zwingend zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Das Stimmrecht kann auch durch Bevollmächtigte ausgeübt werden. Die Vollmacht muss einer bestimmten Person in Textform erteilt werden. Die Vollmacht muss der Gesellschaft übermittelt und von dieser aufbewahrt oder nachprüfbar festgehalten werden. Es können auch mehrere Personen bevollmächtigt werden.“;

10. die Satzung wird in § 12 (Jahresabschluss, Gewinnverteilung, Entlastung) Abs (4) und (5) in der Weise geändert, dass diese folgenden Wortlaut erhalten:

„(4) Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn, der sich nach Zahlung etwaiger Rückstände auf Vorzugsdividenden ergibt, vor den Stammaktien eine Vorzugsdividende in Höhe von EUR 0,03 je Vorzugsaktie. Anschließend werden auf die Stammaktien jeweils EUR 0,03 je Stammaktie verteilt. Reicht der verteilbare Bilanzgewinn in einem Geschäftsjahr zur Zahlung der Vorzugsdividende nicht aus, so ist der Rückstand ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachzuzahlen, dass die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen sind und die aus dem Bilanzgewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsdividende erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten ist. Das Nachzahlungsrecht ist

Bestandteil des Gewinnanteils des Geschäftsjahres aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien geleistet wird.

(5) Über die Verwendung eines nach Durchführung von Abs 4 verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Die Hauptversammlung kann beschließen, den Bilanzgewinn ganz oder teilweise von der Verteilung auszuschließen. Der nach einem Beschluss der Hauptversammlung zur Ausschüttung bestimmte weitere Bilanzgewinn wird zur Zahlung eines zusätzlichen Gewinnanteils auf die Vorzugsaktien und die Stammaktien im Verhältnis der auf die Aktien geleisteten Einlagen verteilt. Einlagen, die im Laufe des Geschäftsjahres geleistet worden sind, sind nach dem Verhältnis der Zeit zu berücksichtigen, die seit der Leistung verstrichen ist. Bei Ausgabe neuer Aktien kann eine andere Gewinnberechtigung festgesetzt werden.“

Vorsorglich soll auch eine gesonderte Beschlussfassung der Aktionäre ausgenommen DSK Leasing GmbH & Co. KG über die Zustimmung zur Umwandlung von 1.400.000 Stück von DSK Leasing GmbH & Co. KG gehaltenen auf Inhaber lautenden Stückaktien in 1.400.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erfolgen.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen dafür folgende Beschlussfassung vor:

Der Umwandlung von 1.400.000 Stück von DSK Leasing GmbH & Co. KG gehaltenen auf Inhaber lautenden Stückaktien in 1.400.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht sowie dem entsprechenden Beschluss der Hauptversammlung zu Punkt 5. der Tagesordnung wird zugestimmt.

Zur weiteren Begründung und Erläuterung wird auch auf den auf der Website der Gesellschaft (www.autobank.at) veröffentlichten und zur Einsicht der Aktionäre am Sitz der Gesellschaft aufliegenden Bericht des Vorstands gemäß § 153 Abs 4 AktG zum Ausschluss des Bezugsrechts im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage verwiesen.

Zu Punkt 6. der Tagesordnung (Genehmigtes Kapital):

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen die folgende Beschlussfassung vor:

1. Unter der aufschiebenden Bedingung der Eintragung der zu Punkt 5. der Tagesordnung zu beschließenden Kapitalerhöhung im Firmenbuch wird die in der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 31.08.2010 beschlossene Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital bis zum 04.09.2015 um bis zu EUR 2.826.756 durch Ausgabe von bis zu 2.826.756 Stück neuen, auf Inhaber lautende Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen mit oder ohne Bezugs-

rechtsausschluss zu erhöhen widerrufen und gleichzeitig durch folgende Ermächtigung ersetzt:

Der Vorstand ist für fünf Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um bis zu EUR 4.571.576,00 durch Ausgabe von bis zu 4.571.576 Stück neuen auf den Inhaber lautender Stammaktien oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien, die mit denselben satzungsmäßigen Rechten wie die – nach Eintragung der zu Punkt 5. der Tagesordnung zu beschließenden Satzungsänderung – in §§ 5 und 12 der Satzung der Gesellschaft beschriebenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgestattet sind, gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft, auch in mehreren Tranchen, zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Die Ermächtigung umfasst auch die Befugnis, stimmrechtslose Vorzugsaktien auszugeben, die den früher ausgegebenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien bei der Verteilung des Gewinnes oder des Gesellschaftsvermögens gleichstehen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10% des im Zeitpunkt der Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stamm- und/oder Vorzugsaktien an einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor), oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.

2. Die Satzung wird in § 5 (Grundkapital, Aktien) Abs (5) in der Weise geändert, dass dieser folgenden Wortlaut erhält:

„(5) Der Vorstand ist für fünf Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um bis zu EUR 4.571.576,00 durch Ausgabe von bis zu 4.571.576 Stück neuen auf den Inhaber lautender Stammaktien oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien, die mit denselben satzungsmäßigen Rechten wie die in §§ 5 und 12 der Satzung der Gesellschaft beschriebenen stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgestattet sind, gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft, auch in mehreren Tranchen, zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Die Ermächtigung umfasst auch die Befugnis, stimmrechtslose Vorzugsaktien auszugeben, die den früher ausgegebenen stimmrechtslosen

Vorzugsaktien bei der Verteilung des Gewinnes oder des Gesellschaftsvermögens gleichstehen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10% des im Zeitpunkt der Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stamm- und/oder Vorzugsaktien an einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor), oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.“

Zur weiteren Begründung und Erläuterung wird auch auf den auf der Website der Gesellschaft (www.autobank.at) veröffentlichten und zur Einsicht der Aktionäre am Sitz der Gesellschaft aufliegenden Bericht des Vorstands gemäß §§ 170 Abs 2 iVm 153 Abs 4 AktG zur Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts iZm der Ermächtigung des Vorstands zur Kapitalerhöhung gemäß § 169 AktG gegen Bar- oder Sacheinlagen verwiesen.